

# Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungsblatt für das Enzthal und dessen Umgegend.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

52. Jahrgang.

Nr. 9.

Neuenbürg, Donnerstag den 18. Januar

1894.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. — Preis vierteljährlich 1 M 10 S, monatlich 40 S; durch die Post bezogen im Oberamtsbezirk vierteljährlich 1 M 25 S, monatlich 45 S, außerhalb des Bezirks vierteljährlich 1 M 45 S — Einrückungspreis für die 1spaltige Zeile oder deren Raum 10 S.

Amtliches.

Neuenbürg.

## Bekanntmachung

und

### Erlaß an die Ortsvorsteher, betreffend das Militär-Ersatzgeschäft für 1894.

#### A. Anmeldung der Militärpflichtigen zur Stammrolle.

I. Bezüglich der Anmeldung zur Stammrolle schreibt § 25 der Behrordnung folgendes vor:

1. Alle Militärpflichtigen haben sich in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle anzumelden.

2. Die Anmeldung erfolgt bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt ist anzusehen:

- a. für militärpflichtige Diensthöfen, Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsbdiener, Handwerksgehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und andere in einem ähnlichen Verhältnisse stehende Militärpflichtige der Ort, an welchem sie in der Lehre, im Dienst oder in Arbeit stehen und wenn solche an einem andern Orte als dem der Wohnung in Arbeit bezw. im Dienste stehen, der Ort, in welchem sie ihre Wohnung (Schlafstellen) haben;
- b. für militärpflichtige Studierende, Schüler und Zöglinge sonstiger Lehranstalten der Ort, an welchem sich die Lehranstalt befindet, sofern dieselben auch an diesem Ort wohnen.

3. Hat der Militärpflichtige keinen dauernden Aufenthalt, so meldet er sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes.

4. Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt noch einen Wohnsitz hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle und wenn der Geburtsort im Ausland liegt, in demjenigen Ort, in welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.

5. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsorte selbst erfolgt.

6. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Ziff. 2 oder 3 anzumelden haben, zeitig abwesend, so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherrn die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

7. Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorstehend vorgeschriebenen Weise so lange alljährlich zu wiederholen, bis eine endgiltige Entscheidung über die Dienstpflicht durch die Ersatzbehörden erfolgt ist. Bei Wiederholung der Anmeldung ist der im ersten Militärpflichtjahr erhaltene Vofungsschein vorzulegen. Außerdem sind etwa eingetretene Änderungen in Betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, Standes u. s. w. dabei anzuzeigen.

8. Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen Militärpflichtigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatzbehörden ausdrücklich hievon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt werden.

9. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz verlegen, haben dies behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Abgang der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Ort derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

10. Versäumnis der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht.

11. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, ist mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen zu bestrafen.

#### II. Anzumelden haben sich hienach in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar 1894

ebensowohl Württemberger als Angehörige anderer deutschen Staaten und zwar:

1. Alle im Jahr 1874 geborenen jungen Männer.

2. Alle diejenigen Militärpflichtigen der Altersklassen 1872 und 1873, welche weder ausgehoben, noch vom Dienst ausgeschlossen, noch

ausgemustert, noch der Ersatzreserve, noch dem Landsturm überwiesen worden sind, mögen dieselben früher am gleichen oder an einem andern Ort gestellungspflichtig gewesen sein.

3. Alle diejenigen Militärpflichtigen früherer Altersklassen, welche aus irgend einem Grund, z. B. Krankheit, Abwesenheit, Untersuchungs- oder Strafhalt, kürzlich erfolgte Einwanderung, an der Aushebung noch nicht oder noch nicht insoweit teilgenommen haben, daß über ihre Militärpflicht definitiv entschieden werden konnte.

4. Die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten haben sich beim Eintritt in das militärpflichtige Alter, sofern sie nicht vorher bereits zum aktiven Dienst eingetreten sind, bei der Ersatzkommission ihres Gestellungs-ortes (Oberamt) schriftlich oder mündlich zu melden und unter Vorlegung ihres Berechtigungsscheines ihre Zurückstellung von der Aushebung zu beantragen.

#### B. Eintrag der Militärpflichtigen in die Stammrolle.

I. Bezüglich der Anlegung und Führung der Stammrollen werden die Ortsvorsteher auf die §§ 44, 45 und 46 der Behrordnung hingewiesen.

Im einzelnen wird noch folgendes bemerkt:

1. Es ist strenge darauf zu halten, daß die Militärpflichtigen da sich melden, wo sie gestellungspflichtig sind (zu vergl. oben A I 2—4); es ist also unzulässig, Pflichtige, welche an einem andern Ort sich aufhalten, zurückzuberufen; Zuwiderhandlungen hiegegen müßten bestraft werden. Der Erlaß des R. Oberrekrutierungsrats vom 27. August 1878 (Amtsblatt des Ministeriums des Innern von 1878 S. 252) wird zur besonderen Beachtung in Erinnerung gebracht.

2. Unter „dauerndem Aufenthalt“ in § 25 der Behrordnung ist jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt zu verstehen, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist (zu vergl. Amtsblatt des Ministeriums des Innern 1875 S. 403). Im Uebrigen s. oben A I 2.

3. Bei Aufstellung und Ergänzung der Stammrollen ist nachzuforschen, ob alle Pflichtigen sich gemeldet haben und sind die Säumigen hiezu anzuhalten. Die Unterlassung der vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle kann nach Art. 10 § 10 des Landesgesetzes vom 12. Aug. 1879 (Reg.-Bl. S. 157) im Wege der Strafverfügung von dem Ortsvorsteher abgerügt werden.

4. Sämtliche Meldepflichtigen sind genau in die Listen ihrer Jahrgänge einzutragen. In der neuen Liste für 1894 ist die alphabetische Reihenfolge einzuhalten und es ist hinter dem letzten Namen jedes Buchstaben des Alphabets genügender Raum zu Nachträgen zu lassen. Da, wo von mehreren Buchstaben keine Namen vorkommen, ist selbstverständlich ein größerer Raum frei zu lassen. In den Stammrollen von 1892 und 1893 sind Neuanmeldete je hinter den letzten Namen mit gleichem Anfangsbuchstaben einzutragen. Auch wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Pflichtigen in den Stammrollen nicht durchlaufend, sondern diejenigen mit gleichem Anfangsbuchstaben unter sich zu nummerieren sind.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, daß Personen, welche die deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit nicht besitzen, von der Aufnahme in die Rekrutierungsstammrollen ausgeschlossen sind. Etwasige zweifelhafte Fälle sind bei dem Oberamt zur Sprache zu bringen. (Minist.-Amtsbl. 1886 S. 136.)

5. Die Rubriken 1—10 der Stammrollen sind genau, deutlich und sauber auszufüllen. Zweifelhafte Angaben sind nicht aufzunehmen.

In Rubrik 8 ist Stand oder Gewerbe genau anzugeben, z. B. Pferdebauer, Ochsenbauer u. s. w. nicht bloß Bauer, Knecht oder dergl., bei Fabrikarbeitern die Art der Beschäftigung einzutragen.





Rubrik 10 hat den Vermerk „ja“ oder „nein“ zu enthalten. Ein anderer Vermerk, z. B. „durch den Vater“, „den Vormund“ etc. wird nur selten zu machen sein, da nach oben A. I. Ziff. 6 nur zeitig von ihrem dauernden Aufenthaltsort abwesende, oder solche Militärpflichtige, welche keinen dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz innerhalb des Reichsgebietes, oder denselben im Auslande haben, durch die Eltern, Vormünder etc. etc. zur Stammrolle anzumelden sind.

In die Geburtslisten ist die Nummer, unter welcher die Uebertragung in die Stammrolle stattgefunden hat, zu vermerken.

6. Bei Pflüchten mit mehreren Vornamen ist der **Nachname** zu unterstreichen.

7. In der Rubrik „Bemerkungen“ sind etwaige Notizen aus der Geburtsliste, **Strafen** und sonst Bemerkenswertes beizufügen. Bei Ausgewanderten ist das Datum der Entlassungsurkunde anzugeben. Bei den Strafen ist das Datum des Erkenntnisses, die erkennende Behörde, die Verteilung, sowie Art und Größe der Strafe anzugeben und zwar sind **jämliche** Strafen (auch Polizei- und Forststrafen) in dieser Weise einzutragen. Bei diesen Einträgen ist auf die Möglichkeit späterer Nachträge Bedacht zu nehmen.

8. Den neu sich anmeldenden Pflichtigen früherer Jahrgänge sind die Lösungsscheine abzuverlangen und der Stammrolle beizulegen.

9. Von jeder im Laufe des Jahres erfolgenden Aufnahme eines Militärpflichtigen in die Stammrolle, von jeder Veränderung, jedem Nachtrag von Strafen u. dgl. ist dem Oberamt sofort Anzeige zu machen.

10. Die Streichung eines Mannes in der Stammrolle darf nur mit Genehmigung des unterzeichneten Zivilvorstehenden der Ersatzkommission erfolgen.

II. Die Ortsvorsteher haben unverzüglich auf ortsübliche Weise die nach § 25 der Wehrordnung in die Stammrolle aufzunehmenden Militärpflichtigen, sowie deren Eltern, Vormünder, Lehr-, Dienst-, Brot- und Fabrikherren zu Befolgung der oben bekannt gegebenen Vorschriften aufzufordern.

III. Die eingekampten Stammrollen nebst Stammrollen-Formulare werden den Ortsvorstehern demächst zugehen.

IV. Auf den 15. Februar 1894 — nicht früher und nicht später — sind die Stammrollen an das Oberamt einzusenden.

Den 8. Januar 1894.

R. Oberamt.  
Maier.

Neuenbürg.

### Die Ortsvorsteher

der an der Enz gelegenen Gemeinden werden auf den Minist.-Erlaß vom 5. d. Mts., betr. Vorkahrungen in Beziehung auf den Eisgang, Minist.-Amtsbl. S. 1 zur Nachachtung hingewiesen.

Den 16. Januar 1894.

R. Oberamt.  
Maier.

R. Amtsgericht Neuenbürg.

### An die Ortsvorsteher.

Dieselben haben binnen 3 Tagen hieher zu berichten, wann und durch wen der Abschluß des Geschäftes der Güterbuchänderung im vorigen Jahr vollzogen worden ist.

Den 16. Januar 1894.

Oberamtsrichter  
Rägeler.

Herrenalb.

### Brennholz-Verkauf

am Montag den 22. Januar  
vormittags 10 Uhr

auf dem Rathaus in Herrenalb aus den Abteilungen „untere und obere Herlingshalde“ u. aus verschiedenen Abteilungen der Gut Gaisthal:

119 Rm. tann. Scheiter und 295 Rm. tann. Prügel.

Stadtschultheißenamt.

Beutter.

### Privat-Anzeigen.

Calmbach.

Unterzeichneter beabsichtigt wegen Geschäftsveränderung sein

### Haus

mit drei neu eingerichteten Wohnungen zu verkaufen. Infolge günstiger Lage ist es geeignet für einen jeden Geschäftsmann.

Gottl. Dürr,

Schlosser und Mechaniker.

Arnbach.

Eine neumüllige

### Fahrkuh

hat zu verkaufen

Johann Prof.

### Ein Portemonnaie

mit 3 Mark und Briefmarken-Inhalt, beiderseitigen Eisenbleiplatten, wurde am Sonntag nachmittag vom Kurhaus Schömberg nach Schwarzenberg verloren. Um Abgabe gegen Belohnung im Kurhaus Schömberg wird gebeten.

Neuenbürg.

### Wohnung zu vermieten.

Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern nebst Zubehör hat auf Georgii zu vermieten.

W. Köh.

Ein jüngeres geordnetes

### Dienstmädchen

wird auf Lichtmess d. J. gesucht. Wo sagt die Red. d. Bl.

Neuenbürg.

Heute eintreffende

### Außkohlen

empfiehlt ab Bahn und Lager

Chr. Genhle.

Neuenbürg.

### Ein Logis

von 4 Zimmern nebst Zubehör ist bis Georgii zu vermieten

Wer sagt die Red. d. Bl.

### Württ. Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung.

#### Zweigverein Neuenbürg.

An Beiträgen sind im Jahr 1893 eingegangen von:

Neuenbürg: Kirchenopfer 41 Mk. 21 Pf., von R. R. 3 Mk., von N. N. 1 Mk.	zuf. Mk.	45.21
Birkensfeld: R.-D. 37 Mk., sonstige Beiträge 8 Mk.	" "	45.—
Calmbach: R.-D. 23 Mk. 94 J. Kollekte in Calmbach 84 Mk. 30 J. Koll. in Höfen 94 Mk. 30 J. sonstige Beiträge 12 Mk. 55 J.	" "	215.09
Dobel: R.-D. 8 Mk. 2 J. Koll. in Dobel 24 Mk. 73 J. in Neujay 10 Mk. 10 J. in Rothensol 7 Mk. 65 J.	" "	50.50
Engelsbrand: R.-D. 7 Mk. 50 J. vom Ortsverein dort 30 Mk., von Grunbach R.-D. 8 Mk., vom Ortsverein dort 70 Mk.	" "	115.50
Feldrennach: R.-D. 23 Mk. 80 Pf., Beiträge 16 Mk. 20 J.	" "	40.—
Gräfenhausen: R.-D. 20 Mk. 25 J. Koll. 51 Mk. 86 J. von Arnbach 2 Mk. 70 J. von Oberhausen 44 Mk. 85 J. von Oberneibelsbach 4 Mk. 70 J.	" "	131.36
Herrenalb: R.-D. 17 Mk., Koll. 41 Mk. 50 J. von Bernbach R.-D. 1 Mk. 50 J. Beiträge 5 Mk.	" "	65.—
Kangenbrand: R.-D. 26 Mk. 10 J. sonstige Beiträge 11 Mk. 95 J.	" "	38.05
Koffenau: R.-D. 6 Mk. 20 J. von der Kirchenpflege 5 Mk.	" "	11.20
Ottenhausen: R.-D. 20 Mk. 50 J. sonstige Beiträge 1 Mk. 50 J.	" "	22.—
Schömberg: R.-D. 36 Mk. 4 J. sonstige Beiträge 3 Mk. 60 J.	" "	39.64
Schwann: R.-D. 13 Mk. 25 J.	" "	13.25
Wildbad: R.-D. 89 Mk. 13 J. Koll. 83 Mk., Beiträge 28 Mk. 85 J.	" "	200.98
Legat vom C. F. Volz in Wildbad	" "	100.—
	zuf. Mk.	1132.78

Für obige Gaben spricht im Namen des Hauptvereins den herzlichsten Dank aus.

Calmbach den 9. Januar 1894.

Der Vorstand des Zweigvereins.  
Piorrer Mayer.

Pforzheim.

### Instrumental-Verein.

Sonntag den 21. Januar d. J., präzis 7 Uhr  
in der Schloßkirche:

### Geistliches Konzert

unter Leitung des Musikdirektors Hrn. A. W. Baal und gütiger Mitwirkung des Orgel-Virtuosen Hrn. C. Werner aus Baden-Baden und des Waldhorn-Virtuosen Walter von da, sowie des Gesang-Vereins „Liederhalle“ von hier.

Fremdenkarten à 2 Mark sind abends an der Kasse zu haben.

Habe seit kurzem zwei großartig schöne Partien

### Rotwein

pr. Liter 50 u. 60 Pfg.

in Anbruch genommen, die ich sowohl Kennern, als auch Magenleidenden, Blutarmen, Reconvalescenten u. s. w. bestens empfehlen möchte. Versandt in Fässern von 25 Liter an. **Weißweine** in allen Preislagen. Auf Wunsch vorher Proben und Preisliste. Verschäume doch ja Niemand einen Versuch zu wagen u. schreibe an

### Jean Pfannebecker,

Weinhandlung,

Karlsruhe i. B.

Kangenbrand.

### Ein fettes Schwein,

2 Zentner Schlachtgewicht, setzt dem Verkauf aus.

M. Wankmüller.

Ein solides, fleißiges

### Mädchen,

welches sich willig allen häuslichen Arbeiten unterzieht, auch etwas Kochen kann, findet bis Lichtmess Stelle bei Frau Julie Kehnrich in Höfen.

Mk. 450

werden auf gute Pfandsicherheit sofort anzunehmen gesucht. Informativ-Schein liegt bei der Exped. d. Bl. auf, die auch Anfragen befördert.

Ein ehrliches fleißiges

### Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, welches schon gedient hat sucht bis Lichtmess oder Mitte Februar.

Wer sagt die Red. d. Bl.

Aus Stal

Se. Maj. inspektor, tit. auf sein Ansuchen inspektors in C. Am 12. Oberstabschulbehrde stein, Bezirk Conrad in worden.

Neuenbürg. Einen recht schlechten Nachmittag der rüchtes „der Br habe zwei darin Daß dieses Geu Einwohnerchaft hörigen der an Arbeiter in die braucht wohl nie Eine gerechte E Ausdruck, als m ganze Sache erk läßt sich sun a und Einleider d dieses verwerflich licher Reußerung freitieren. Ist dies schon vorha Wasserwerkorgan Sireiche noch m radazu als unbr zu bezeichnen, Brunnenschacht l und Sorge zu Urheber des G nicht entgegen. Leistung wäre ei bestandenes Str angebracht.

Pforzheim. Schwerens in d eine Kaffeete von Wertpapieren ge heute wieder vor Geldeswert sind

Berlin, Reform, selbst nächste Bedürfnis neue Militärgelei günstige Aussicht noch nicht das I rechtfertigt finder Alles bereits zert erste Wort in l letzte, zumal in ein überaus vert Opposition mit e vollständig ungen und man sollte einmal die ganze ung klar machen. gemutet, nicht i laften weiter zu Leistungen für R kämpfen aber al die direksten Steu einem Maße gefie auf denen schließ Belastung ruht, Stände sind, n Steuerqaellen v aber sind für die Darauß muß eine Zeit geradezu die kleinen Bundesste Ansicht könnte id frühesten Reinj Berlin, tag.) Wollen 1'ständiger Re on. Er polemisi fährungen Bojad Prinzip gegen in minister Miquel insolge der durc jachten Zollausfä bedingt zu schaffer





**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**

Se. Maj. der König hat den Betriebsinspektor, tit. Finanzrat Held in Heilbronn auf sein Ansuchen auf die Stelle des Betriebsinspektors in Calw versetzt.

Am 12. Januar ist von der evangelischen Oberschulbehörde die Schulstelle in Auenstein, Bezirk Marbach, dem Schullehrer Conrad in Oberniedelsbach übertragen worden.

Neuenbürg, 15. Jan. (Eingefendet.) Einen recht schlechten Scherz erlaubte sich heute Nachmittag der Urheber des lügenhaften Gerüchtes „der Brunnenschacht sei eingestürzt und habe zwei darin beschäftigte Arbeiter verschüttet.“ Daß dieses Gerücht geeignet war, die ganze Einwohnerschaft, insbesondere aber die Angehörigen der am Brunnenschacht beschäftigten Arbeiter in die größte Aufregung zu versetzen, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. Eine gerechte Entrüstung kam denn auch zum Ausdruck, als man bald darauf erfuhr, daß die ganze Sache erfunden sei. Mit solchen Dingen läßt sich nun aber schlechterdings nicht spielen und Einleider dies hält es daher für geboten, dieses verwerfliche, die Glaubwürdigkeit öffentlicher Neußerungen schädigende Spiel offen zu kritisieren. Ist es schon scivol, wenn die ohnedies schon vorhandene nervöse Stimmung in der Wasserwerkverwaltungs-Angelegenheit durch solche Streiche noch mehr erregt wird, so ist es geradezu als unverantwortliche Rücksichtslosigkeit zu bezeichnen, Frauen und Kinder der am Brunnenschacht beschäftigten Arbeiter in Angst und Sorge zu versetzen. Hoffentlich wird der Urheber des Gerüchtes einer gerechten Strafe nicht entgehen. Zur Sühne einer derartigen Leistung wäre eigentlich ein in früheren Zeiten beständenes Strafmittel (25 aus dem Salz!) angebracht. Ein Bürger.

Pforzheim, 15. Jan. Dem Möbelhändler Schwertenz in der Sedanvorstadt wurde gestern eine Kassette von 5000 M. in barem Gelde und Wertpapieren gestohlen. Die Kassette hat sich heute wieder vorgefunden, aber leer; Geld und Geldeswert sind verschwunden.

**Deutsches Reich.**

Berlin, 14. Jan. Die Reichssteuerreform, selbst in der Beschränkung auf das nächste Bedürfnis, die Kostendeckung für das neue Militärgesetz, bietet leider nur sehr ungünstige Aussichten. Wir möchten indessen doch noch nicht das Triumphgeschrei der Gegner gerechtfertigt finden, welche sich geberden, als ob Alles bereits zertrümmert am Boden liege. Das erste Wort in der Politik ist noch nicht das letzte, zumal in der Zentrumspartei. Es wäre ein überaus verhängnisvoller Schritt, den die Opposition mit einem gänzlich verneinenden oder vollständig ungenügenden Ergebnis unternähme, und man sollte sich vor der Entscheidung noch einmal die ganze Tragweite derselben Entscheidung klar machen. Den Einzelstaaten würde zugemutet, nicht nur die bisherigen Matrifularlasten weiter zu tragen, sondern noch größere Leistungen für Reichszwecke zu übernehmen. Sie kämpfen aber alle jetzt schon mit Fehlbeträgen, die direkten Steuern sind überall bereits bis zu einem Maße gesteigert, daß die mittleren Stände, auf denen schließlich doch das Schwergewicht der Belastung ruht, schlechterdings nicht mehr im Stande sind, noch mehr zu leisten. Andere Steuerquellen von irgend welcher Ergiebigkeit aber sind für die Einzelstaaten nicht vorhanden. Daraus muß eine Notlage entstehen, die mit der Zeit geradezu die Lebensfähigkeit namentlich der kleinen Bundesstaaten bedrohen würde. Diese Ansicht könnte schließlich doch noch manche der fröhlichsten Reinsager stutzig machen.

Berlin, 15. Jan. (Deutscher Reichstag.) Wollenbühr (Soz. Dem.) greift in 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>stündiger Rede die Tabaksteuervorlage heftig an. Er polemisiert scharf gegen die letzten Ausführungen Posadowski's und spricht sich im Prinzip gegen indirekte Steuern aus. Finanzminister Riquel weist darauf hin, daß schon infolge der durch die Handelsverträge verursachten Zollausfälle neue Reichseinnahmen unbedingt zu schaffen seien. Man habe die Steuer-

Vorschläge der Regierung wohl bekämpft, es aber verjäumt, praktische Gegenvorschläge zu machen. Tabak und Wein bleiben als geeignete Steuerprojekte allein übrig. Wenn man die Finanzen der Einzelstaaten nicht zerrüttern wolle, dürfe man nicht alle Reichsausgaben auf die Matrifularbeiträge abwälzen. Nachdem u. a. der Welfe Arnswaldt-Hardenboitel gegen die Vorlage gesprochen hatte, wurde die Tabaksteuervorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten einer Stempelsteuer-Kommission überwiesen.

Der äußerliche Verlauf der mehrtägigen Generaldebatte des Reichstages über die Tabaksteuervorlage hat gezeigt, daß das parlamentarische Schicksal dieses Entwurfs besiegelt ist. Fast nur Gegner der neuen Tabaksteuer haben in diesen ausgedehnten Verhandlungen gesprochen, und zwar von den denkbar verschiedensten Seiten. Eigentlich ist nur ein einziger Abgeordneter voll und ganz eingetreten, der freikonservative Herr v. Stumm, dessen Freudigkeit in der Bewilligung neuer Steuern allerdings geradezu bewundernswürdig ist, alle übrigen Redner sprachen sich entweder bestimmt gegen das Projekt aus, oder sie ließen doch wenigstens durchblicken, daß sie ihm in seiner gegenwärtigen Gestalt nur schweren Herzens zustimmen könnten. Sollten daher die verbündeten Regierungen auf der Vorlage, wie sie ist, beharren, so kann sie allerdings mit gutem Gewissen schon jetzt als im Grunde abgethan betrachtet werden. Vielleicht nimmt aber diese mißliche Lage doch eine etwas günstigere Wendung, wenn die Regierungen mit sich reden lassen und Verbesserungen und Erleichterungen bei dem Entwurfe zugestehen, alsdann würde derselbe vielen vorläufigen Gegnern am Ende doch noch annehmbar erscheinen. Einstweilen freilich nehmen sich die Aussichten der Tabaksteuer ungemünzt düster aus und man muß immerhin mit der Wahrscheinlichkeit ihres Scheiterns rechnen, so bedauerlich dies auch vom Standpunkte einer Kräftigung der Reichsfinanzen aus wäre.

Berlin, 13. Jan. In den parlamentarischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß sämtliche Steuerprojekte vom Reichstage abgelehnt werden und die neuen Heereskosten nicht durch Mehreinnahmen gedeckt werden. Die Einzelstaaten hätten sich deshalb auf eine Erhöhung der Matrifularbeiträge vorzubereiten.

Es ist eine harte Nuß, welche der Kanzler mit seinem Vorschlag auf Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide zu knacken giebt. Vor mehreren Jahren ist die Aufhebung des Identitätsnachweises im Reichstage schon besprochen worden, aber es kam zu keinem Beschluß. Sie war „heiß Eisen“ für die Abgeordneten sowohl als die Regierungen. Es handelt sich um etwas ganz Neues, worüber kein Mensch Erfahrungen hat. Was ist nun der Identitätsnachweis, der aufgehoben werden soll? Er betrifft den Getreidezoll. Zoll erhebt Deutschland, wie natürlich, nur von solchem ausländischen Getreide, das in Deutschland verbleibt. Es geht aber auch viel Getreide, an einer Stelle in Deutschland ein und in einer andern wieder hinaus. Dieses Getreide ist nicht zollpflichtig, bei der Ausfuhr wird der bei der Einfuhr bezahlte Zollbetrag zurückbezahlt. Aber der Zoll wird auch nur zurückgezahlt, wenn das auszuführende Getreide wirklich aus dem Auslande gekommen war. Wenn man z. B. 1000 Zentner Weizen in Lindau i. Bodensee einführt, so erhält man die in Lindau gezahlten 3500 Mark nur dann zurück, wenn man in Bremen nachweist, daß es dieselben 1000 Zentner sind, die in Lindau eingeführt und verzollt worden sind. Diesen Nachweis nennt man den Identitätsnachweis. Der Zoll wird also nur zurückgezahlt, wenn das eingeführte Getreide sozusagen in eigener Person, nicht in Stellvertretung, Deutschland wieder verläßt. Das soll anders werden. Künftig soll bei der Ausfuhr nicht gefragt werden, ob gerade für das betreffende Getreide ein Einfuhrzoll bezahlt worden ist, und auch nicht gefragt werden, ob das auszuführende Getreide überhaupt aus dem Auslande stammt.

Die ostpreussischen Konservativen deklarieren ihre neue Resolution dahin, daß die geforderte Aufhebung des Identitätsnachweises ausschließlich auf die kleinen Verträge Bezug habe, daß für den russischen Vertrag dagegen die ostpreussischen Stimmen gegen feste und positive Zugeständnisse auf dem Gebiet der Währungsfrage zu haben seien. In diesem Sinne hat Graf Mirbach an die Breslauer Versammlung des Bundes der Landwirte telegraphiert: „Die Königsberger Resolution hält unbedingt daran fest, daß nur in der Währungsfrage eine Kompensation möglich ist.“

Berlin, 15. Jan. Laut einer Meldung des Berliner Tageblattes aus Rom wird Crispi bei der Kammereröffnung (am 25. ds.) voraussichtlich für 8 Monate Generalvollmacht zur Einführung radikaler organischer Reformen der Verwaltung fordern und die Kammer, wenn sie dieselbe verweigert, auflösen.

Berlin, 15. Jan. Der Redakteur der „Zukunft“, Maximilian Harden, ist wegen Verleumdung des Reichskanzlers durch einen Artikel, der Caprivi mit Bismarck verglich, zu 600 M. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt worden.

Augsburg, 15. Jan. Die Augsb. Abendz. enthält eine Privatmeldung über das Befinden des Fürsten Bismarck. Dasselbe ist hienach infolge der Witterung wieder ungünstig. Zu heftigen neuralgischen Schmerzen hat sich ein starker Katarth gestellt. Die Folgen der Rissinger Krankheit sind noch nicht überwunden.

Rürnberg, 14. Jan. Der Landesauschuß des bayr. Gewerbemuseums hielt heute eine Versammlung zur Besprechung über die im Jahre 1896 dahier geplante Landesausstellung. Die Ausstellung soll nebst den industriellen und gewerblichen Erzeugnissen auch Rohprodukte, das Verkehrsweesen und das sachgewerbliche Bildungsweesen umfassen. Nach den weiteren Beschlüssen soll dem Antrage des Direktors des bayr. Gewerbemuseums entsprechend das Arrangement von der bisherigen Schablone abgehen und nicht nach technologischen Gruppen, sondern nach den einzelnen Kreisen des Landes erfolgen. Während bei der 1882er Landesausstellung die ganze vom Hauptgebäude samt der Vorhalle und den Anbauten eingenommene Fläche 18400 Quadratmeter betrug, wird diesmal eine Fläche von 23700 Quadratmeter in Betracht gezogen. Der Landesauschuß konstituierte sich sofort als Landeskomitee mit dem Rechte der Zuwahl.

München, 16. Jan. Heute Nacht hat eine verheiratete Näherin sich und ihre zwei Kinder getötet. Motiv unbekannt.

Karlsruhe, 15. Jan. Eine fürstliche Gabe zu rechter Zeit hat unser allverehrter Großherzog gespendet, indem er zur sofortigen Anschaffung von Steinkohlen für würdige Arme hiesiger Stadt die schöne Summe von 1000 M. annahm.

Ermäßigung des Reichsbankdiskonts. Vom 9. v. M. ab beträgt der Diskont der Reichsbank für Wechsel 4 Proz., der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen ausschl. Verpfändung sonstiger Effekten und Waren 5 Prozent. Die einzelnen Sätze sind also um 1 Prozent ermäßigt worden; der Diskontsatz von 5 Proz. bestand seit dem 11. Aug. v. J.

**Württemberg.**

Stuttgart, 16. Jan. Die kirchliche Feier des kaiserlichen Geburtstages findet am Sonntag 21. Jan. statt.

Das württembergische „Militärverordnungsblatt“ und der „Staatsanzeiger“ veröffentlichen Bestimmungen über die mit dem jüngst getroffenen preussisch-württembergischen Uebereinkommen zusammenhängende Uniformfrage für die nach Preußen kommandierten württembergischen, sowie die nach Württemberg kommandierten preussischen Offiziere. Dieselben tragen die Uniform und alle Abzeichen desjenigen Truppenteils, welchem sie zugeteilt sind. Die Generale und Generalstabsoffiziere tragen gleichfalls die preussische Uniform, die Adjutanten des Königs behalten das Recht, eine besondere Uniform zu tragen. Eine entsprechende Verordnung des Kaisers bespricht die preussischen nach Württemberg kommandierten Offiziere. Diese Be-

45.21  
45.—  
215.09  
50 50  
115.50  
40 —  
131.36  
65.—  
38.05  
11.20  
22.—  
39.64  
13.25  
200 98  
100.—  
1132.78  
en herz.  
reins.  
n.  
r  
ger Mit-  
ben und  
Vereins  
haben.  
tien  
gen-  
hlen  
eine  
liste.  
e an  
heit so-  
informa-  
d. d. Bl.  
rdert.  
t,  
es schon  
sch oder





stimmungen sind entnommen einer Ordre, welche der König am 1. Dezember v. J. dem Kriegsminister zugehen ließ. Der „Staatsanz.“ teilt auch diese Ordre mit; dieselbe beruht auf der mündlichen Vereinbarung mit dem Könige von Preußen und enthält neben dem bereits Angeführten noch den Wunsch des Königs, daß die Rangliste des württembergischen Armeekorps vereinigt erscheine mit der preussischen. Der König von Württemberg behält sich vor, Offiziere zur dauernden Dienstleistung zum Militärkabinett des Königs von Preußen zu kommandieren. Der Eingang der Ordre besagt, der König sei von dem Wunsche geleitet, die Beförderungsverhältnisse der württembergischen Offiziere mit denen der preussischen in Uebereinstimmung zu bringen und zu erhalten. Er habe beschlossen, die Beförderung nur unter dem Gesichtspunkte eintreten zu lassen, um die Schwierigkeiten zu vermeiden, welche bisher zum Nachteil der Württemberger bei deren Kommandierung nach Preußen geltend gemacht wurden. Der „Staatsanzeiger“ fügt hinzu, weitere Abmachungen hätten nicht stattgefunden, wesentlich ausgebehntere Kommandierungen nach Preußen und umgekehrt seien nicht in Aussicht genommen.

Stuttgart, 15. Jan. Hofschauspieler und Regisseur Pauli ist wegen leidender Gesundheit in den bleibenden Ruhestand versetzt und demselben in Anerkennung seiner langjährigen treuen und erspriehlichen Dienste der Titel „Ehrenmitglied des Hoftheaters“ verliehen worden.

Stuttgart, 7. Jan. Die Zahl der Aerzte ist in Württemberg auch im verflossenen Jahr um 28 gestiegen, so daß Württemberg nach der neueren Zusammenstellung 739 Aerzte besitzt. Ganz Deutschland hat 21621 Aerzte gegen 20500 im Vorjahr. Was das Verhältnis zwischen der Zahl der Aerzte und der Bevölkerungszahl anbelangt, so nimmt Württemberg die zweitunterste Stelle ein, indem auf 10000 Einwohner 3 Aerzte entfallen. Die Zahl der Apotheken ist von 267 auf 264 zurückgegangen.

Ludwigsburg, 13. Jan. Beim hiesigen Trainbataillon sind in letzter Zeit wieder einige Fälle von Genickstarre vorgekommen. Ein Soldat aus Herrenberg ist gestorben. Seine Leiche wurde vorgestern mit militärischen Ehren zum Bahnhof überführt, um in der Heimat der Eltern beerdigt zu werden.

**Ausland.**

Wien, 15. Jan. In hiesigen Hofkreisen wird Graf Philipp zu Eulenburg, preuss. Gesandter in München, als Nachfolger des Prinzen Reuß auf dem hies. deutschen Votschafterposten genannt.

Prag, 15. Jan. Der Prozeß gegen den Geheimbund Omladina begann unter heftigen Einsprüchen der Angeklagten und Verteidiger wegen der Einschränkung der Zahl der als Zuhörer zugelassenen Vertrauensmänner und der Enge des Verhandlungsloales. Einzelne Angeklagte beantragen die Absonderung des Verfahrens gegen sie von dem Hauptverfahren. Der Vorsitzende weist energisch Ruhebedürfnisse seitens der Zuhörer zurück. Bei dem Namensaufruf fehlt ein Angeklagter.

Brüssel, 15. Jan. Die Ministerkrisis ist vorläufig beendet. Eine Vollversammlung der beiden Rechten beschloß mit 84 gegen 25 Stimmen, eine parlamentarische Beratung über die verhältnismäßige Vertretung bei vollständiger Meinungsfreiheit der Regierung vorzunehmen. Das Ministerium wird die Wahlvorlage in der Kammer einbringen, unter dem Vorbehalt einer nochmaligen Kabinettskrisis.

Antwerpen, 13. Jan. Die einzelnen Abteilungen der Ausstellung sind jetzt definitiv abgemessen. Die größte derselben ist die belgische, die 30000 Quadratmeter umfaßt, dann folgen die französische mit 15000, die deutsche mit 10000, die englische und italienische mit je 4000, die holländische mit 3000, die österreichische und russische mit je 2000, die schweizerische mit 1500 Quadratmeter u. s. w. Daß die Belgier weitaus den größten Raum für sich in Anspruch nehmen

würden, war ja vorauszu sehen, dagegen war man keineswegs auf eine solche starke Beteiligung von Seiten der deutschen Industriellen gefaßt gewesen, in Folge deren die deutsche Abteilung die drittgrößte der ganzen Ausstellung wurde. Außerordentlich interessant verspricht diesmal die Kongo-Ausstellung zu werden, die in einem besonderen Gebäude mit einer Grundfläche von einem Hektar stattfinden soll. Die meisten der zu dieser Ausstellung gehörigen Gegenstände sind bereits in Brüssel eingetroffen, wo man sie in den Gebäulichkeiten der Kongo-Regierung untergebracht hat. Dieselben gehören teils dem Kongo-Staate, teils der Compagnie de Commerce du Haut-Congo und teils dem Afrikanischer Demense und bestehen aus über 8000 verschiedenen Objekten, die in allen Gegenden des Kongo gesammelt wurden. Die Gesamt-Kollektion ist die größte und reichhaltigste Sammlung dieser Art, welche überhaupt existiert und es befinden sich unter ihr zahlreiche Sachen von großer Seltenheit und bedeutendem Werte.

Rom, 14. Jan. Crispi hat Großes im Sinn: er will von der Kammer Vollmacht auf ein halbes Jahr erhalten, um die organischen Reformen auszuführen, als da sind: die Abschaffung einer Anzahl von Sinecuren, von Stellen bei den Präfekturen und bei den Universitäten, von Präturen u. s. w. Sollte die Kammer dies verweigern, so würde sie aufgelöst.

Die Unruhen in Italien. Während auf Sizilien Ruhe herrschen soll, brachen Samstagabend in Carrara Unruhen aus. Aus Anlaß der Einberufung der Militärpflichtigen durchzogen größere Arbeiterhaaren unter aufrührerischen Rufen die Stadt. Als Militär einschritt, erfolgte ein Zusammenstoß. Die Menge zerstreute sich schließlich, ein Teil derselben zog jedoch nach der Kaserne der Zollwächter und zwang die Letzteren ihre Waffen auszuliefern. Die Manifestanten zogen sodann auf die Landstraße, welche nach Massa führt, und versperren dieselbe. Aus Livorno und Pisa werden Truppenverstärkungen erwartet. Der „Esercito“ erklärt auf das Nachdrücklichste die Gerüchte von einer Einberufung weiterer Altersklassen zu den Waffen für falsch.

Aus Madrid, 13. Jan. wird gemeldet: Das neuverbaute deutsche Gesandtschaftsgebäude, das noch unbewohnt war, ist teilweise abgebrannt.

London, 13. Jan. Der Globe fragt, ob England, sich nicht auch dem Dreibund anschließen solle, da es in gewissen Punkten Pflicht und Interesse Englands sei, der Friedensliga anzugehören. Frankreich und Rußland seien 2 Nationen, die den Frieden zu zerstören suchen, die auch England auf allen Punkten des Globus bedrohen. Falls jedoch England sich dem Dreibunde anschließe, würde es seine Unabhängigkeit verlieren. Die Schiedsrichterstelle, die es bis jetzt einnahm, nicht behalten, würde überhaupt einen Sprung ins Unbekannte thun und Verpflichtungen übernehmen, wovon die Folgen nicht vorauszu sehen waren.

London, 13. Jan. Reuter meldet aus Sierra Leone, daß eine Abteilung der Grenzpolizei, unterstützt von einheimischen Hilfstruppen unter Inspektor Taylor, am 28. Dezember v. J. in Sahal, Distrikt Tonka, einen Sieg über 4000 Sofas erlitten habe. 250 Sofas wurden getötet und 150 gefangen. (Das war also 5 Tage nach dem Zusammenstoß zwischen Engländern und Franzosen.)

Dem Sultan von Marokko legt Marschall Martinez Campos im Auftrage der spanischen Regierung folgende Forderungen wegen des Aufstands bei Melilla vor: 1) Bestrafung der Kabylenhäuptlinge, welche Melilla angegriffen haben; 2) Maßregeln, um den bestehenden Verträgen Achtung zu verschaffen, und marokkanische Besatzungen in den Spanien benachbarten Gebieten; 3) Errichtung einer Neutralitätszone von 500 Meter Breite; 4) Kriegsschädigung von 25 Millionen Pesetas. Mit der Erfüllung der letzteren Forderung wird es wohl gewaltig hopen, wie überhaupt die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens zwischen Marokko und Spanien sehr geschwunden sind.

New-York, 16. Jan. Bei einem Eisenbahnunglück am Delaware auf der Lackawanna-bahn sind 10 Personen getötet, 44 verletzt worden. Ueber die Niedermeglung des Wilson'schen Streikkorps durch die Matabele wird berichtet; An Zahl bedeutend überlegen, drangen die Matabele in das improvisierte Lager ein, wo sie alle Engländer töteten und die Leichen ausplünderten. Gefallen sind außer Wilson 5 Kapitän, 2 Lieutenants, 4 Sergeanten, 2 Korporale und 20 Soldaten.

Eine schlimme Kunde kommt aus Ostafrika. Der Stahldampfer Emin, der der deutschen Ostafrikalinie gehörte und im Anschluß an die ostafrikanische Reichspostdampferlinie den Küstendienst in Ostafrika versah, wurde seit einiger Zeit vermisst. Das Schiff befand sich zuletzt auf einer Reise von Natal nach Delagoabay. Jetzt ist aus Durban ein Telegramm in Hamburg eingetroffen, wonach an der Küste von Natal Wrackstücke angetrieben sind, welche man als zu dem vermissten Dampfer gehörig identifiziert habe. Demnach dürfte leider kein Zweifel mehr bestehen, daß das Schiff mit Mann und Maus zu Grunde gegangen ist. Die Besatzung bestand nach der „N. A. Z.“ aus 21 Mann. Der Dampfer war 595 Registertons groß und im Jahre 1891 bei Blohm u. Boff in Hamburg erbaut.

**Telegramme an den Enghäter.**

Stuttgart, 17. Jan. Eleonore Dufe, die gefeierte italienische Schauspielerin wird nächste Woche einmal in Stuttgart an der Kgl. Hofbühne auftreten. Hierzu wird die Künstlerin wahrscheinlich die Kamelien-Dame v. Alexander Dumas wählen.

Ulm, 17. Jan. Gestern abend 8<sup>1/4</sup> Uhr ist der Landtagsabg. Rechtsanwält Ebner an Herzlähmung gestorben.

Ulm, 17. Jan. Münsterbau-Lotterie. Der zweite Gewinn mit 30000 Mk. fiel auf die Losnummer 104830; je 2000 Mk. gewinnen die Nummern 68569, 19888, 197559, 228459; je 1000 Mk. 40313, 176591, 34232, 9104; je 500 Mk. 93881, 54027, 296511, 107322, 146320, 109898, 123188, 230352, 250886; je 300 Mk. 117506, 50272, 87528, 217376, 24451.

Berlin, 16. Jan. Der „Post“ zufolge wird behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschullosen in den Etat des nächsten Jahres ein Mehrbetrag von 500000 M. eingestellt werden.

Berlin, 16. Jan. Unmittelbar nach Ostern findet hier ein deutscher Innungs- und Handwerkerstag statt.

Berlin, 16. Jan. Im Herrenhaus ist eine Interpellation Mantuffel's eingegangen, worin anknüpfend an die Thronrede, welche die schwierige Lage der Landwirtschaft anerkennt, die Regierung gefragt wird, ob sie außer den angekündigten Maßnahmen noch fernere Schritte zur Beseitigung des stetig wachsenden Notstandes der Landwirtschaft zu thun gedenke.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Nach der „Frankf. Ztg.“ giebt das Ministerium des Auswärtigen in Paris eine Note aus, welche den Rücktritt des deutschen Votschafters Grafen Münster und dessen Ersetzung durch den Brüsseler Gesandten v. Alvensleben anzeigt.

Odejsa, 17. Jan. Bei den jüngsten Stürmen auf dem Schwarzen Meere sind 10 Segelschiffe verunglückt, davon 2 mit ganzer Mannschaft. Ein griechischer Dampfer wird vermisst.

(Selbstverrat.) „Du wirst es mir gewiß nicht glauben, teure Laura, aber ich versichere Dir, daß ich noch nie geliebt habe!“ — „Ich glaub' es Dir, Eduard — ich hab' es gleich am ersten Ruf gemerkt!“

**Anzeiger**  
 Nr. 10.  
 Erscheint Dienstags  
 polierteljährlich  
 der A. Zan  
 Privats  
 In Gem  
 findet die Pat  
 Hengste, welch  
 Beschäftigbetrie  
 genden Orten  
 in Kulend  
 in Lauphei  
 in Geislin  
 UH  
 Diejenige  
 zu erlangen w  
 obengenannten  
 vorzuführen.  
 Für die  
 wald- und Jag  
 daß bis  
 Patentierungs  
 Stuttgart, Dor  
 Die Gre  
 das Patent gel  
 ist, keine erheb  
 Körperbaus,  
 brauchbarer P  
 Nachsuchende i  
 Beschäftigbetrie  
 fassung besitzt.  
 Der Pat  
 liches Zeugnis  
 machten Voran  
 patentiert war.  
 Zugleich  
 Privatgutheben  
 zuerkannt wer  
 an den oben b  
 wahl vorführer  
 Stuttgart.  
 Ueber da  
 Boffenau wurd  
 verfahren eröff  
 verwalter erna  
 Konkursf  
 anzumelden.  
 Zur Bef  
 sowie über die  
 Falls über die  
 und zur Prüfu  
 Samstag  
 vor dem diesje  
 Allen Pe  
 Besitz haben od  
 nichts an den  
 Verpflichtung a  
 derungen, für  
 Anspruch nehm  
 zeige zu macher  
 Neuenbü

